

DONALD TRUMPS PROVOKATIONEN

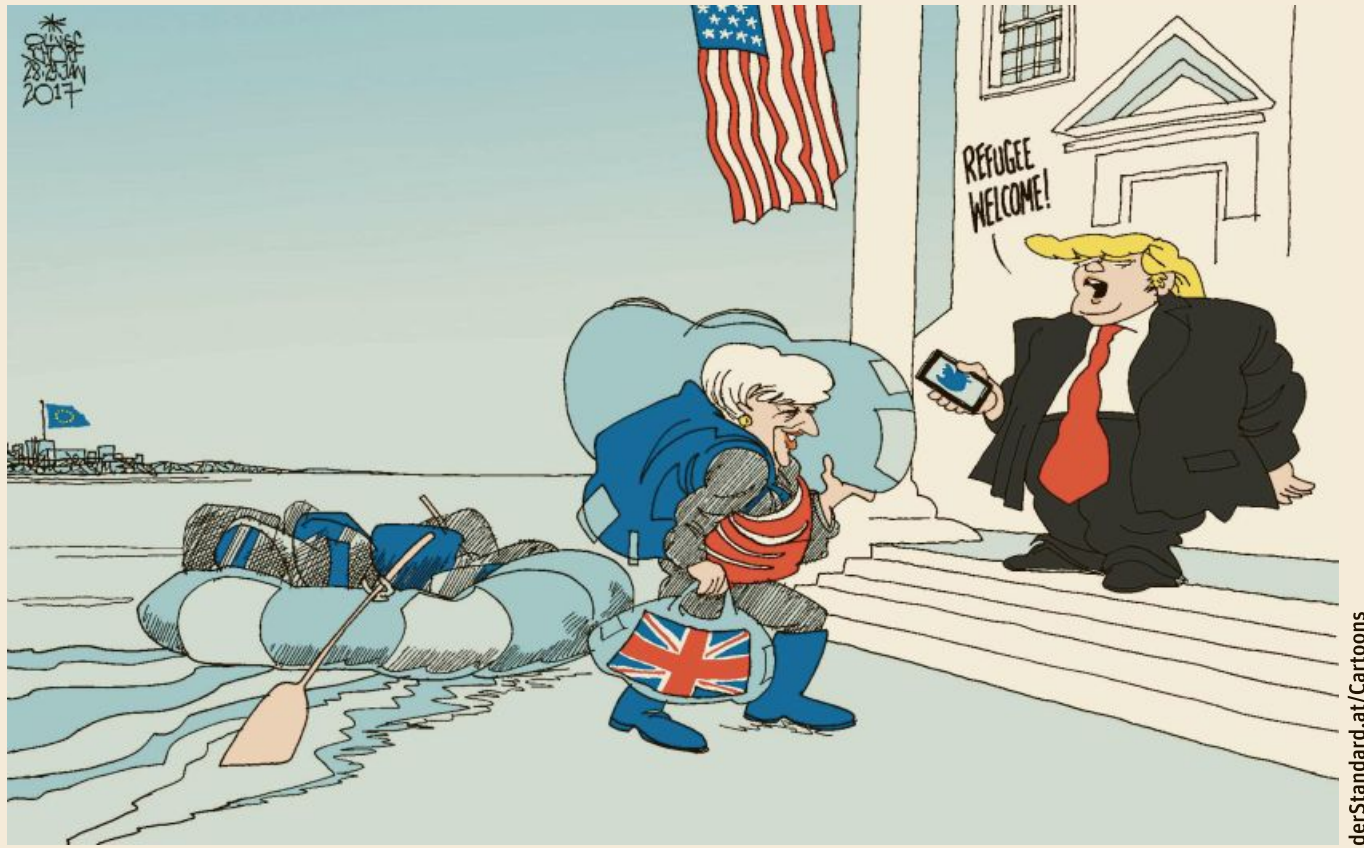
Spektakel und Sprengkraft

Anna Giulia Fink

Tag sechs in der Amtszeit des Donald Trump hatte es in sich. Er brachte unter anderem: ein Mauerdebakel, Lob für Folter und mehr Drohungen in Richtung Medien. Der Präsident der USA steckt weiterhin im Wahlkampfmodus fest, er schimpft, irrlichtert, provoziert. Und sollte es sich dabei um Strategie handeln, dann ist diese voll aufgegangen: Trump diktiert mit seinen Twitterbotschaften den Nachrichtenzyklus, die Sachpolitik gerät gänzlich in den Hintergrund. Das ist nicht nur Trump geschuldet, immerhin starrt die Welt gebannt auf jede abgeordnete Äußerung – und übersieht dabei oft Wichtiges.

Da wird bereits ewig über die Anzahl der Teilnehmer an seiner Inaugurationsfeier debattiert statt darüber, dass dort mehrere Journalisten festgenommen wurden. Melania Trumps Körpersprache erhält mehr Aufmerksamkeit als die Tatsache, dass Trump sichere Abtreibungen erschwert. Trumps Beleidigungen in Richtung Mexiko schafften es weltweit in die Schlagzeilen; dass das Außenministerium – die zentrale Stelle dafür, wie Washingtons Rolle in der Welt aussehen wird – fast seine komplette Führungsetage verloren hat, ging im Vergleich dazu unter.

Wie viele Prinzipien sind die Republikaner über Bord zu werfen bereit, um ihre Agenda durchzusetzen? Sind Amerikas demokratische Institutionen stark genug, um Trump Grenzen zu setzen? Darüber – statt über Trumps Twitter-Account – sollte sich die Welt den Kopf zerbrechen.



NACH DEM URTEIL IN ATHEN

Rechthaberstaat Türkei

Markus Bernath

Die türkische Führung lässt nicht locker: Nach der für Ankara so blamablen Entscheidung der griechischen Höchstinstanz hat das türkische Justizministerium postwendend einen zweiten Auslieferungsantrag gestellt. Die acht türkischen Soldaten, die im vergangenen Jahr am Morgen nach der Putschnacht des 15. Juli mit einem Hubschrauber ins Nachbarland Griechenland geflüchtet waren, sollen endlich bestraft werden.

Verräter, Putschisten, Terroristen nennt sie der türkische Außenminister. Doch eben hier begannen schon die Zweifel der griechischen Richter. Ein faires Verfahren in der Türkei halten sie für nicht gesichert, die Folterung der acht Soldaten für durchaus denkbar. Denn „mutmaßlich“ und „verdacht“ existieren nicht im Wortschatz der türkischen Führung. Sie hat nun ohnehin immer recht, und die Justiz ist ihr ausführendes Organ.

Die Türkei von Tayyip Erdogan ist kein Rechtsstaat mehr, der den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention genügt: Das ist das Fazit der Gerichtsentscheidung in Athen. Den Vorwurf lassen sich Präsident und Regierung natürlich nicht gefallen. Sie werden das vermeintlich schwache Griechenland „bestrafen“. Die Annullierung eines bilateralen Flüchtlingsabkommens könnte nur eine der Sanktionen sein. Die acht Soldaten dagegen kommen erst einmal um einen Prozess über ihre mutmaßliche Beteiligung am Putsch herum.

KOPFTUCHVERBOT

Aktionismus ohne Sinn

Petra Stuißer

Es ist ein seltsames Bundesland mit seltsamen Ansichten geworden, dieses bezaubernd schöne Fleckchen Erde namens Burgenland. Galt vor wenigen Jahren noch ein mehr oder weniger großzügiges „Leben und leben lassen“ als der burgenländische Way of Life, kann es nun, dank einer rot-blauen Regierung, offenbar nicht streng genug zugehen. Vorläufiger Höhepunkt: Der burgenländische Landtag fordert die Bundesregierung auf, ein Kopftuchverbot für den öffentlichen Dienst verfassungsrechtlich prüfen zu lassen. Den Antrag hatte die Landes-ÖVP gestellt, SPÖ und FPÖ verschärfen ihn noch weiter.

Die Aktion ist nicht nur bizarr, sie verleugnet auch die landeseigene Tradition. Fast jeder erwachsene Österreicher nennt eine burgenländische Oma, Uroma, Groß- oder Urtrumpftante sein Eigen, der einst das Tuch am Kopf förmlich angewachsen schien: Die Burgenländerin trug Kopftuch daheim, in der Kirche, auf dem Feld.

Auch der Zeitpunkt ist interessant: In der Bundes-ÖVP in Wien lachte man sich ins Fäustchen, dass just der rote Landeshauptmann Hans Niessl dem schwarzen Integrationsminister Sebastian Kurz für die zähen Regierungsverhandlungen eine Steilvorlage vor dem SPÖ-Tor lieferte.

Zumindest hat Niessl seinem Parteifreund Christian Kern gezeigt, was Regieren in einer rot-blauen Koalition bedeutet: Populismus pur und ohne tieferen Sinn. Die Wirkung auf Kern bleibt abzuwarten.

Kern will es wissen

Mit seinem Koalitionspoker versucht der Kanzler Führungsstärke zu demonstrieren

Alexandra Förderl-Schmid

Christian Kern hat hoch gepokert: Mit der Absage der lange geplanten Reise nach Israel und in die Palästinensergebiete nahm er zwar in Kauf, seine Gastgeber zu verärgern, aber er erhöhte damit am Freitag noch einmal den Druck auf den Koalitionspartner ÖVP. Wie auch immer die Verhandlungen an diesem Wochenende ausgehen, der Bundeskanzler kann sagen, er habe sogar eine wichtige Auslandsreise wegen der innenpolitischen Lage storniert und somit wirklich alles versucht.

Schon seit Tagen hieß es jedoch in Koalitionskreisen: „Kern will es wissen.“ Wahlen im Frühjahr kämen dem SPÖ-Chef durchaus gelegen. Die SPÖ hat einen Plan A, aber auch einen Plan B. A steht für einen Neuanfang der Koalition, was aus Kerns Sicht die Verständigung auf die zentralen Punkte seines Programms beinhaltet. Sein Plan B sind Neuwahlen mit ihm als Spitzenkandidaten.

Kern hat – noch – hohe Beliebtheitswerte, Menschen stellen sich sogar an, um ein Selfie mit ihm zu ergattern. Aber wie lange noch? Das Image des politischen Superstars nutzt sich rasch ab, wenn man im täglichen Kleinklein aufgerieben wird und sein Programm nicht umsetzen kann. Dann entsteht schnell das Image des Losers, der seinen Ankündigungen keine Taten folgen lässt. Außerdem stehen bis zum regulären Wahltermin im Herbst 2018 noch Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Kärnten auf der politischen Agenda, in denen die SPÖ – mit Ausnahme Kärntens – keine allzu große Rolle spielt. Das verspricht nicht gerade Auftrieb für die Sozialdemokraten auf Bundesebene.

Die ÖVP hat derzeit weder ein Programm noch einen unumstrittenen Spitzenkandidaten. Dass es Parteichef Reinhold Mitterlehner wird, darauf wetten nur wenige. Wenn der in Umfragen beliebte Sebastian Kurz seine Ankündigungen tatsächlich ernst meint, dann muss ihm die Partei erst einige Bedingungen erfüllen, damit er sich das antut. Aber ob die Landeshauptleute und Bünde schon dazu bereit sind, ist offen. Aus Sicht eines 30-Jährigen ist es vermutlich sogar klüger zu warten – nach einer Schlappe seiner Partei bei der nächsten Wahl kann er seine Forderungen sicherlich leichter durchbringen.

Auch die FPÖ vermittelt nach der verlorenen Präsidentschaftswahl nicht den Eindruck, vor lauter Kraft nicht laufen zu können. Außerdem hat die Partei wegen des langen und teuren Präsidentschaftswahlkampfes nicht gerade eine prallgefüllte Wahlkampfkasse. Freund Wladimir Putin könnte helfen, aber imagemäßig ist das nicht eben förderlich.

Die SPÖ kommt laut der jüngsten Heute-Umfrage mit 29 Prozent auf den besten Wert seit 2015. Plan A scheint zu wirken. Der Abstand zum Koalitionspartner ÖVP, der nur noch bei 19 Prozent liegt – konnte ausgebaut wer-

den. Die FPÖ liegt zwar mit 32 Prozent vorn, aber bei einer Schwankungsbreite von rund vier Prozent ist noch Platz eins für die SPÖ drin.

Kern könnte in einem Wahlkampf alles auf eine Karte setzen: auf sich selbst. Mit seiner Erklärung am Montag, dass es lediglich zwei Parteien gebe, die dieses Land verändern wollen, nämlich SPÖ und FPÖ, hat er seine Wahlkampfstrategie durchblicken lassen. Er oder ich – ein Kanzlerduell zwischen Kern und Heinz-Christian Strache. Kerns Strategie ist riskant, aber er demonstrierte damit zumindest Führungsstärke.

KOPF DES TAGES

Der Mann, dessen Welt Trump einstürzen ließ

Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto sagt seinen US-Besuch ab.

Foto: AFP

Irritiert und übernützlich sah Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto aus, als er diese Woche vor die Kameras trat und erklärte, Mexiko glaube nicht an Mauern. Zu diesem Zeitpunkt hatte ihm US-Präsident Donald Trump bereits zwei Fausthiebe versetzt: das Nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta infrage gestellt und das Dekret zum Mauerbau an der Grenze unterschrieben.

Acht Stunden lang hatte der 50-Jährige über seiner Antwort auf den Affront gebrütet. Der nationalistische Sturm in Medien und sozialen Netzwerken hatte sich da längst zum Orkan ausgewachsen. Peña müsse seine USA-Reise absagen und Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, lauteten die Forderungen. Mexikos Beziehungen zum Norden waren nie einfach. Peñas Antwort fiel den meisten viel zu handzahn aus. Erst einen Tag später stornierte er seinen USA-Besuch. Für den Präsidenten, dessen Zustimmungsraten bei zwölf Prozent liegen, bricht eine Welt zusammen. Binnen weniger Monate wurde der beste Freund zum Feind.

Vor fünf Jahren noch war Peña der Held. Immerhin hatte es der smarte Politiker nach zwei Legislaturperioden in der Opposition geschafft, der totgeglaubten Traditionspartei PRI die Rückkehr zur Macht zu ermöglichen.

Mit einem Paukenschlag begann er seine Präsidentschaft. Sein „Pakt für Mexiko“ schwor die beiden wichtigsten Oppositionsparteien auf Strukturreformen ein. Mexiko entwickelte sich zum viertgrößten Autoexporteur weltweit. Doch bald verpuffte der Elan, Korruptionsskandale und Menschenrechtsverletzungen im Drogenkrieg holten den Präsidenten und die PRI ein.

Sein Privatleben ist auch eine der Achillesfersen Peñas, der oft distanziert wirkt. Fragen zum plötzlichen Tod seiner ersten Frau Monica Pretelini durch einen epileptischen Anfall im Jahr 2007 beantwortete der Vater dreier Kinder einst klinisch kühl. Wenig hilfreich für sein Image ist auch seine zweite Frau Angélica Rivera, eine frühere Schauspielerin, die ihr Luxusleben in Frauenzeitschriften vorführt. Peinlich war, dass Journalisten herausfanden, dass eine ihrer Villen von einer Baufirma finanziert wurde, die lukrative Staatsaufträge einsackte.

Mit jedem Skandal schottete sich Peña weiter ab, umgab sich mit Beratern, die eigene Interessen verfolgten – darunter Außenminister Luis Videgaray, ein guter Freund von Trumps Schwiegervater Jared Kushner. Sein Rückhalt schwindet zusehends – mitten in einer Krise, in der Mexiko Einheit dringend nötig hätte.

Sandra Weiss